

POLITISCHE JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG BILDUNG

4 | 21

THEMA: GLOBALE KRISEN



© 2011 Wochenschau Verlag, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 1869-6335. Nr. 4/2011, S. 1-100.

KLIMA · MIGRATION · UNWETTER · MISSERNTEN



Vertriebspartner: wvts.de | 11. Jahrgang | Winter 2011 | D 10110



WOCHE
SCHAU
VERLAG

Inhalt

ÜberGrenzen

- 4 Manfred Pappenberger
Globaler Rechtsterrorismus. Zur politischen Verortung rechtsextremer Gewalthandlungen

SchwerPunkt

Thema: Globale Krisen

- 12 Katja Patzel-Mattern
Krisenbegriff und Krisenphänomene
- 18 Ingolfur Blühdorn
Freedom Day. Freiheit und Demokratie in der Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit
- 26 Werner Friedrichs
Über die Kunst, jenseits der Natur zu leben. Politische Bildung im Anthropozän
- 32 Nilda Inkermann, Jannis Eicker
Die Hegemonie der imperialen Lebensweise als Herausforderung für die politische Bildung
- 38 Julia Lingenfelder
Politische Bildung in der Klimabewegung

BildungsPraxis

- 44 Reinhard Griep
Klimakrise: Bildungsprojekte als Ausgangspunkt politischen Handelns. Verschiedene Bildungsformate in der Jugendakademie Walberberg
- 47 Evein Obulor
Wie sind Kolonialismus und Klimakrise verknüpft? Ein Gespräch über die UNESCO-Masterclass „Koloniale Kontinuitäten im Klimaaktivismus“

ZeitZeugen

- 52 Fritz Erich Anhelm
Politische Bildung in der Bundesrepublik der 1970er und -80er Jahre



ÜberGrenzen

- 4 **Das Unsagbare ist die neue Normalität**
Das Internet hat die Marginalität rechtsextremer Ideen beendet und damit ihre Verbreitung und Wirkmächtigkeit erhöht, rechter Terror ist schon seit langem ein transnationales Phänomen. Gängige Einzeltäter-Theorien müssen dringend hinterfragt werden!



SchwerPunkt

- 12 **Krise als Infragestellung des Fortschritts**
Die Moderne war lange Zeit getragen von der Hoffnung, dass durch eine wissenschaftlich-technologische Durchdringung die Welt für den Menschen beherrschbar werde. Krisenerfahrungen stellen diese einstige Gewissheit infrage. Eine historische Begriffsbestimmung.



SchwerPunkt

- 18 **Solidarität = Behinderung individueller Entfaltung?**
Die Pandemie ist nicht vorbei, dennoch genießen wir wieder mehr Freiheiten, insbesondere des Einkaufens, des Entertainments, des Reisens. Was bedeutet das für das Projekt der notwendigen sozial-ökologischen Transformation, das vorher in aller Munde war?



Schwerpunkt

32 Bildung, Macht, Herrschaft

Unsere imperiale Lebens- und Produktionsweise beruht auf der Ausbeutung von Menschen und Mitwelt, wobei der Globale Norden auf Ressourcen im Globalen Süden zugreift und die Kosten dahin externalisiert. Eine Herausforderung auch für die politische Bildung!



BildungsPraxis

44 Im Fokus: Klimakrise

Der menschengemachte Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Reinhard Griep und Evein Obolor stellen aktuelle Projekte der BildungsPraxis vor, die den eigenen Lebensbereich, das gesamtgesellschaftliche Problem sowie globale Lösungswege in den Blick nehmen.



MitDenken

72 Biografiearbeit und politische Bildung

Die Auseinandersetzung mit sich selbst kann Menschen ins Handeln bringen. Welche Wünsche und Bedürfnisse gibt es, was sind Ressourcen und Stärken? Das Zutrauen, selbst etwas bewegen zu können, birgt Potenzial für unsere Demokratie.

4/2021

VorGänge

- 56 Die AfD positioniert sich zum 16. Kinder- und Jugendbericht / Blickwechsel. Neuausrichtung der Zielgruppenarbeit in der politischen Erwachsenenbildung / Jekhipe – Gemeinsam / Identitätspolitische Spaltung europäischer Gesellschaften / Beziehungskrise: Bürger*innen und Demokratie

LeseZeichen

- 64 Ein überzeugendes Plädoyer für sozialwissenschaftliche Bildung / Globales Lernen und politische Bildung verbinden / Zur mentalen Verfasstheit der Republik / Intersubjektive Bildungstheorie als Grundlage politischer Bildung

MitDenken

- 72 Anna Hoff
Politisch. Ich? Systemische Biografiearbeit als Methode in der politischen Bildung

Ausblick

- 76 u. a. Eine Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie / Einstellungen der deutschen Bevölkerung zur Integration / Wirksamkeit der Extremismusprävention / Ein- und Ausschlüsse digitaler politischer Bildung / Junge Menschen in Europa: Müde – aber zuversichtlich / Die bunte Welt der Podcasts / Personen & Organisationen

JOURNAL für politische Bildung
Geplante Schwerpunktthemen:

Entwicklungen/Trends der politischen Bildung seit 1990

Ungleiche Zugänge zur politischen Bildung

Politische Jugendbildung und Jugendarbeit in der Postpandemiezeit

Freedom Day

Freiheit und Demokratie in der Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit

Für den 19.7.2021 hatte der britische Premierminister Boris Johnson die Aufhebung sämtlicher Verordnungen zum Schutz gegen die Covid-19-Pandemie angekündigt. Während die Zahl der gemeldeten Neuinfektionen in Großbritannien zu der Zeit bei etwa 50.000 pro Tag lag, war der Tag von der Regierung als Freedom Day angekündigt worden und wurde als solcher von vielen gefeiert. Unwillkürlich klingen bei dem Wort Freedom Day die gerade im Alltagsbewusstsein der britischen Siegnation sehr präsenten Begriffe D-Day und V-Day mit, die sich auf die Landung der Alliierten Truppen in der Normandie im Juni 1944 und auf den Sieg über Nazi-Deutschland am 8. Mai 1945 beziehen – eine Parallele, die der Aufhebung der Covid-Maßnahmen ein höchst fragwürdiges Gewicht gibt. Es entsteht der Eindruck, hier werde die Befreiung von einer Jahre währenden Diktatur gefeiert. Auch in anderen Ländern wurde im Juli 2021 allenthalben von der ‚Wiedererlangung der Freiheit‘ gesprochen, als hätten die Menschen gerade Jahrzehnte der Entrechtung, Knebelung und Willkürherrschaft hinter sich. Das ist in mindestens dreierlei Hinsicht irritierend.



© picture alliance / ZUMAPRESS.com | Stephen Chung



Dr. **Ingolfur Blühdorn** ist Professor für soziale Nachhaltigkeit und Leiter des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie, Gesellschaftstheorie, der Wandel moderner Demokratien und umweltpolitische Theorie.

Wie passt dieses Feiern der Freiheit – zumal in einem Vorreiterland der viel diskutierten Postdemokratie (vgl. Crouch 2008) – zusammen mit der in den Sozialwissenschaften breit geteilten Diagnose der Regression der Demokratie, der autoritären Wende und der autoritären Versuchung (vgl. z. B. Schäfer/Zürn 2021)? Längst haben doch ganz verschiedene gesellschaftliche Gruppen, unabhängig von ihren offiziellen Bekenntnissen zu demokratischen Werten, ein höchst ambivalentes Verhältnis zur Demokratie entwickelt. Selbst die etabliertesten Demokratien wie Großbritannien und die USA sind in ihren Grundfesten erschüttert. Und gerade im Zeichen des Klimawandels und der Covid-19-Pandemie wird immer offener die Frage gestellt, ob nicht zentralistisch-autoritäre Systeme letztlich doch besser in der Lage seien, den Herausforderungen der heutigen Krisen- und Katastrophen-Normalität zu begegnen als föderal und demokratisch organisierte.

Zwar bedeuteten die Maßnahmen zur Begrenzung der Pandemie für viele Bürger*innen zweifellos unangenehme Einschränkungen, aber von Unfreiheit und Unterdrückung konnte wahrlich nicht die Rede sein, und von Diktatur schon gar nicht. Vielmehr hatten Regierungen mehr oder weniger erfolgreich versucht, ihre jeweiligen Gesellschaften vor einer Pandemie und ihren gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Folgen zu schützen. Dafür hatten sie erhebliche finanzielle Mittel mobilisiert und sich ausdrücklich bemüht, niemanden zurückzulassen. Deutlich sichtbar ging es um den Schutz der Bürger*innen und nicht um die Interessen von oligarchischen Eliten, wie das bei totalitären Regimen in der Regel der Fall ist.

Die Wiederentdeckung der Politik und des Staates war gerade in der frühen Phase der Pandemie noch von vielen als unbedingt positiv betrachtet worden, um nun auch die verheerenden sozialen und ökologischen Folgen des seit den

1990er Jahren entfesselten Marktliberalismus unter Kontrolle zu bringen und endlich eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft einzuleiten. Im Verhältnis zu den Maßnahmen, die eine solche Transformation erfordern würde, waren die – zudem nur temporären – Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie bescheiden. Und doch wurden sie als inakzeptable Eingriffe in die persönliche Freiheit, als nicht hinnehmbare Einschränkung von Grundrechten und als ‚Corona-Diktatur‘ bekämpft – keineswegs nur von rechtspopulistischen Bewegungen. Statt einer Transformationsagenda wurde die sogenannte Rückkehr zur Normalität zum bestimmenden Prinzip der Pandemiepolitik.

Insgesamt lassen die verbreitete Ablehnung restriktiver Maßnahmen, die resolute Forderung nach Normalität und die begeisterte Feier der wiedergewonnenen Freiheit wichtige Rückschlüsse in Bezug auf das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft zu.

Freiheit

Dabei ist zunächst zu betonen, dass keines der drei Phänomene einen gesellschaftlichen Konsens anzeigt. Für die Corona-Maßnahmen gab es auch viel Unterstützung. Umwelt- und Klimabewegungen haben in den vergangenen Jahren gerade von Seiten der jungen Generation viel Zuspruch erhalten, und ihre Forderungen sind oft viel radikaler als etwa die grüner Parteien. Auch andere gesellschaftliche Akteure versprechen regelmäßig, in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik nun entschiedener als bisher voranschreiten zu wollen. Wenn aber etwa der damalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz, seinerseits ein Angehöriger der jüngeren Generationen, unmittelbar nachdem Tief „Bernd“ im Juli 2021 auch in seinem Land katastrophale Verwüstungen angerichtet hatte, ambitionierte Maßnahmen zum Klimaschutz als einen „Rückschritt in das vergangene Jahrhundert“ oder sogar „in die Steinzeit“ bezeichnete und glaubte, dass es der falsche Weg sei, das Klima dadurch retten zu wollen, dass wir uns im Verzicht üben (Vorarlberger Nachrichten 2021); wenn in der gesellschaftlichen Debatte Maßnahmen, die auch nur leise auf Einschränkung oder Begrenzung hindeuten, sogleich als ‚Verbotspolitik‘ gegeißelt und als ‚anti-soziale Agenda privilegierter Eliten‘ zurückgewiesen werden; wenn

selbst grüne Parteien kaum den Mut haben, in der Nachhaltigkeitspolitik über technologische Innovationen und eine Politik der positiven Anreize hinauszugehen, dann signalisiert das sehr deutlich, wo politische Beobachter*innen gesellschaftliche Mehrheiten sehen und wo die Ängste liegen, die sich am leichtesten mobilisieren lassen: nicht bei den sich zuspitzenden Folgen der Nicht-Nachhaltigkeit, sondern beim Verlust der Freiheiten, Annehmlichkeiten und Lebensstile, die diesen Mehrheiten – oft gegen die eigene Einsicht – letztlich als unverhandelbar gelten.

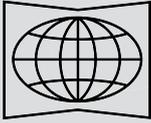
ES GEHT UM DIE FREIHEIT DES EINKAUFENS, DES ENTERTAINMENTS UND DES REISENS

Entsprechend geht es bei dem ‚Freiheitskampf‘, für den liberale, rechtspopulistische und querdenkende Akteure seit Beginn der Corona-Maßnahmen mobilisiert hatten, und bei der Freude über die wiedergewonnene Freiheit nach deren Aufhebung nur am Rande um das Ende der Vereinsamung und sozialen Isolation, die die Pandemie zum Beispiel für Menschen in Alten- und Pflegeheimen bedeutet hatte. Auch um politische Freiheiten geht es höchstens beiläufig, denn gerade in Zeiten der sozialen Medien waren die temporären Corona-Maßnahmen für die Möglichkeit zur politischen Organisation und Artikulation kaum eine ernsthafte Einschränkung. Sehr deutlich geht es dagegen um die wiedergewonnene Freiheit des Einkaufens, des Entertainments und des Reisens, also um die Wiedereinsetzung genau der privaten Lebensstile und konsumgesellschaftlichen Normalität, deren soziale und ökologische Nicht-Nachhaltigkeit eigentlich unstrittig und die ein wesentlicher Bezugspunkt für das Projekt der sozial-ökologischen Transformation ist. Nie war so deutlich wie im Zeichen der Pandemie, in welchem Maße in modernen Konsumgesellschaften das gute Leben, der soziale Frieden, die politische Stabilität und das wirtschaftliche Wohlergehen von der Sicherung der nicht-nachhaltigen Normalität abhängen.

Zudem geht es beim *Freedom Day* ganz wesentlich um die Befreiung von der Pflicht zur Rücksichtnahme. Hatte man in der frühen Phase der Pandemie – ebenso wie auch nach den Überflutungen des Tiefs „Bernd“ – zunächst die große Hilfsbereitschaft und Solidarität der Menschen als

die Wiederentdeckung verschütteter Werte gefeiert, so wurden die Rücksichtnahme und die Verpflichtung auf das Gemeinwohl vielen schon bald wieder zur unzumutbaren Beschränkung individueller Grundrechte und Freiheiten. Und als etwa der damalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz Mitte Juli 2021 verkündete, für jeden, der geimpft ist, sei die Pandemie vorbei (vgl. ORF 2021), bedeutete das die Wiedereinsetzung des neoliberalen Anspruchs auf die uneingeschränkte Nutzung individueller Möglichkeiten und die unbegrenzte Entfaltung persönlicher Potenziale. Zugleich signalisierte das – ebenso wie Boris Johnsons *Freedom Day* – den Rückzug des Staates aus der Pandemiebekämpfung, die Rückübertragung der Verantwortung an die Bürger*innen und die Wiedereinsetzung der neoliberalen Selbstverantwortlichkeit und Privatorientierung, die Gesellschaftlichkeit vor allem als Behinderung individueller Entfaltung wahrnimmt.

Schon vor der Pandemie war eines der wesentlichen Hindernisse für eine sozial-ökologische Transformation, dass sich zwar die verschiedensten gesellschaftlichen Akteure ausdrücklich zum Nachhaltigkeitswandel bekannten, dass sie aber gleichzeitig die zuletzt wesentlich vom Marktliberalismus geprägten Verständnisse von Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung als emanzipatorische Errungenschaft betrachteten und mit aller Entschiedenheit verteidigten. Den neoliberalen Vordenkern war es darum gegangen, jede Form politischer Intervention und staatlicher Regulierung des Privatinteresses auszuschließen und als ‚autoritär‘, ‚Verbotspolitik‘ und ‚Diktatur‘ zu brandmarken – gerade auch in der Klima- und Umweltpolitik. Im Zuge der Pandemie und der Proteste gegen die von der jeweiligen Regierung verordneten Beschränkungen haben sich die Unantastbarkeit dieser Vorstellungen von Freiheit und Selbstbestimmung sowie auch die Sensibilität gegenüber jeglicher politischer Regulierung der entsprechenden Berechtigungsansprüche noch weiter verfestigt. Dabei geht es wohlgerne ganz wesentlich um die Unantastbarkeit von Freiheiten, Selbstverständnissen und Lebensformen, die immer schon nur bestimmten Teilen der Gesellschaft offenstanden, deren Haltbarkeit immer schon darauf beruhte, dass sie in hohem Maße exklusiv sind und die jede sozial-ökologische Transformation dringend zur Debatte stellen müsste.



Frederike Lindau

Accessing the Future

Children's Conceptions and Practices of Access Rights in Environmental Matters

How do children perceive access and participation rights in environmental matters? The study aims to broaden the discourse on political participation in environmental issues to include the perspectives of children and young people. As part of a participatory qualitative study, six interviews were conducted with young activists to explore their perspectives on their rights in environmental matters. The theoretical framework of the study is the concept of 'Living Rights'. Different dimensions of children's understanding of rights in relation to a healthy environment are analyzed, and challenges that children encounter when invoking their rights to access and participation are revealed.

ISBN 978-3-95414-183-8, 72 S., € 16,90

PDF ISBN 978-3-95414-184-5, € 15,99



Katrin Thomack

Bildungsbiografien trans*geschlechtlicher Jugendlicher

Der Einfluss der cis-normativen Gesellschaft – eine qualitative Studie

ISBN 978-3-95414-168-5, 72 S., € 16,90

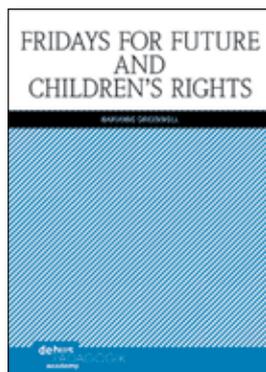


Korinna McRobert

Between Agency and Abuse

A Look at the Representation of Childhood Sexuality through Media and Art

ISBN 978-3-95414-148-7, 80 S., € 16,90



Marianne Greenwell

Fridays for Future and Children's Rights

ISBN 978-3-95414-142-5, 78 S., € 16,90



Elena Frense

Partizipativer Jugendmedienschutz

Anforderungen an einen zeitgemäßen Jugendmedienschutz aus Perspektive von Kindern und Jugendlichen

ISBN 978-3-95414-152-4, 136 S., € 28,90

JETZT DEN AKTUELLEN NEWSLETTER BESTELLEN: WWW.WOCHENSCHAU-VERLAG.DE

Demokratie

Unabhängig davon, dass die Pandemie historische beispiellose Investitionen zur erneuten Stabilisierung eines ökonomisch-sozialen Systems ermöglicht – vielleicht erzwingt, dessen Nicht-Nachhaltigkeit eigentlich längst bekannt ist, und westliche Gesellschaften erneut auf einen Kurs der Wachstums- und Konsumstimulation festlegt, verfestigte die Coronapandemie also ein Verständnis von Normalität und Freiheit, das ein Abrücken vom Pfad der Nicht-Nachhaltigkeit noch weiter erschwert. Dem verbreiteten Bekenntnis zur Nachhaltigkeit steht in der Praxis – ungeachtet verschiedener marktwirtschaftlicher und technologischer Reformprojekte – damit eine noch entschiedeneren „Politik der Nicht-Nachhaltigkeit“ (Blühdorn 2020a) gegenüber; und zwar nicht nur, weil die globalen Konzerne mit aller Kraft eine Transformation zur Nachhaltigkeit verhindern, sondern weil auch für demokratische Mehrheiten ‚unsere Freiheit, unsere Werte und unser Lebensstil‘ im Prinzip nicht zur Debatte stehen.

Demokratiopolitisch ist dieser Befund insofern ernüchternd, als diese Politik die mehrfache Nicht-Nachhaltigkeitskrise moderner Gesellschaften

vorhersagbar weiter zuspitzen, die Wahrnehmung einer demokratischen Dysfunktionalität verstärken und der autoritären Versuchung zusätzlichen Auftrieb geben wird. Als die emanzipatorischen Bewegungen in den 1970er Jahren begannen, das Umweltthema im öffentlichen Bewusstsein und auf der politischen Agenda zu verankern, setzten sie auf die Annahme, dass die Ermächtigung der Bürger*innen und eine umfassende Demokratisierung politischer Institutionen und Entscheidungen der einzig aussichtsreiche Weg sei, nicht nur Selbstbestimmung und Gleichheit für alle Menschen, sondern auch einen wirksamen Schutz der Natur und der biophysischen Lebensgrundlagen durchzusetzen. Bis in die Gegenwart werden viele Bewegungen von dieser Überzeugung getragen. Ihnen ging – und geht – es darum, dass die Zivilgesellschaft Anspruch erhebt, politisch mündig zu sein, keinen Vormund zu benötigen, sondern selbstbewusst und selbstbestimmt der organisierten Unverantwortlichkeit des Systems eine ökologisch-soziale Vernunft entgegen zu setzen. Das war das große Ziel nicht nur der emanzipatorischen Bewegungen, sondern auch



Feier des Freedom Day in einem Londoner Club ab Mitternacht am 19.7.2021

© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Alberto Pezzali



der politischen Bildung, der Erziehung zur Mündigkeit, zu *ecological citizenship*.

Was da behauptet und angenommen wird, ist also der Gegensatz zwischen den die Bürger*innen entmündigenden und unterdrückenden Eliten und der Zivilgesellschaft als dem Ort und Akteur der eigentlichen Vernunft. Immer und immer wieder wurde die Misere der sozialen Ungleichheit und ökologischen Krise darauf zurückgeführt, dass „die Eliten und mächtige institutionelle Mechanismen wollen, dass es so bleibt, wie es ist“, während „viele Menschen [...] oftmals Erniedrigung, Konsumzwang und fehlende Gestaltungsmöglichkeiten“ erlebten und sich dringend „die gesellschaftlichen und subjektiven Voraussetzungen für andere Erfahrungen von Wohlstand, auskömmlichem Leben und Umgang mit der Natur“ wünschten (Brand 2021: 13). Doch die Verständnisse von Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, die sich im Zuge der Pandemie noch einmal weiter verfestigt haben und mit dem *Freedom Day* besonders gewürdigt wurden, stellen diese Annahmen grundsätzlich in Frage. Zweifellos gibt es auch weiterhin Bewegungen, die egalitäre und inklusive Verständnisse von Freiheit, Vernunft und Verantwortlichkeit propagieren sowie Formen von Selbstverwirklichung, die nicht auf Massenkonsum beruhen. Aber die

heute vorherrschenden Verständnisse von Freiheit, Vernunft und einem guten Leben sind mehr denn je vom Denken des Marktliberalismus geformt. Den emanzipatorischen Bewegungen ist es zudem nie gelungen, dem Prinzip der emanzipatorischen Grenzaufhebung und Selbstentfaltung ein auch nur annähernd gleich wirkmächtiges Prinzip der sozial-ökologischen Begrenzung und Selbstverpflichtung zur Seite zu stellen. Und einige neue Bewegungen, die für sich in Anspruch nehmen, ‚quer‘ zu denken, die Bürger*innen vor der Macht der Eliten in Schutz zu nehmen und ihnen ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben, wehren sich ausdrücklich gegen die sozial-ökologische Transformation, die sie als ein Projekt privilegierter Eliten beschreiben, die der weniger privilegierten Mehrheit ihr Recht auf Selbstbestimmung absprechen wollen.

POLITISCHE BILDUNG FÜR EINE RADIKAL UMVERTEILENDE POLITIK

Im Zusammenspiel bewirken diese Faktoren nicht nur, dass Emanzipation und Demokratie sich von einem Mittel der sozial-ökologischen Transformation in ein Mittel zur Stabilisierung der mehrdimensionalen Nicht-Nachhaltigkeit verkehren (vgl. Blühdorn 2020b). Bei denen, die an die umfassende

Demokratisierung geglaubt hatten, verstärken sie gleichzeitig die Wahrnehmung, dass die Demokratie umweltpolitisch dysfunktional sei und letztlich wohl nur ein starker Umweltstaat die sich zuspitzenden Krisen bewältigen könne – ein Öko-Leviathan, der mit autoritärer Macht ausgestattet den Rückfall in einen katastrophengebundenen Naturzustand zu verhindern hätte, in dem wieder das Recht des Stärkeren gilt und das Leben – wie schon bei Thomas Hobbes – wieder einsam, armelig, tierisch und kurz werden könnte.

Politische Bildung

Wo also müssten die politische Bildung und konkreter die Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung ansetzen? Sicher nicht bei der Belehrung darüber, dass ‚weniger in Wahrheit mehr‘ sei und das wirkliche Glück eigentlich jenseits des Konsums liege (vgl. Folkers/Paech 2021). Solche Belehrungen würden nur allergische Reaktionen gegen ‚moralisierende‘ und ‚arrogante‘ Eliten verstärken. Stattdessen müsste die (umwelt-)politische Bildung zunächst verdeutlichen, dass ein neuer katastrophengebundener Naturzustand nicht etwa ein alarmistisch überzeichnetes Horrorszenerario der Zukunft ist, sondern ein realistisches Gegenwartszenario, das aus der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit unvermeidbar folgt und sich etwa im Mittelmeer, im Nahen Osten oder in großen Teilen Afrikas bereits bestens beobachten lässt.

Weiter müsste die politische Bildung die Einsicht befördern, dass ein starker Umweltstaat, der eine sozial-ökologische Transformation auf nicht-demokratische Weise organisiert, kaum wünschenswert wäre, denn wie ließen seine Autorität und seine Ziele sich legitimieren? Und einen Öko-Leviathan, der die Bürger*innen vor dem Rückfall in einen Zustand der radikalen Unsicherheit und Angst und des Kampfes aller gegen alle schützt, wird es wohl nie geben. Sowohl den Umweltstaat als auch den Öko-Leviathan würde die Koalition derer, die alle Maßnahmen der sozial-ökologischen Transformation als einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die Privatsphäre und eine inakzeptable Beschränkung der persönlichen Freiheit zurückweisen, ohnehin wirksam verhindern. Die autoritativ-autoritäre Wende jedoch, die auch in den etabliertesten Demokratien weiter voranschreitet, verhindert diese Koalition nicht. Bei gleichzeitiger Inszenierung und Glorifizierung marktkonformer

Vorstellungen von Freiheit und Selbstbestimmung beschleunigt sie vielmehr die Aufhebung jener universellen Rechte und politischen Freiheiten, für die emanzipatorische Bewegungen immer gekämpft hatten.

Zudem müsste politische Bildung daran erinnern, dass das vermeintlich Private keineswegs bloß Privatsache ist, sondern stets gleichzeitig das Öffentliche und Politische. Sie müsste die durch den *Freedom Day* geadelten Vorstellungen von Freiheit und Selbstbestimmung grundlegend zur Debatte stellen und transparent machen, dass nur eine radikal umverteilende Politik einen katastrophengebundenen neuen Naturzustand verhindern kann. Sie müsste die Themen der Grenzziehung und Begrenzung, statt sie den Rechtspopulisten zu überlassen, ihrerseits aktiv angehen, ohne dabei ins Reaktionäre zurückzufallen. Und sie müsste die politische Intervention und Regulierung rehabilitieren, indem sie die Kampfrhetorik der ‚Verbotspolitik‘ und ‚Ökodiktatur‘ desavouiert.

Literatur

Blühdorn, Ingolfur (2020a): *Die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit*. In: Ders.: *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit*. Bielefeld, S. 65–142.

Blühdorn, Ingolfur (2020b): *Demokratie der Nicht-Nachhaltigkeit*. In: Ders.: *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit*. Bielefeld, S. 287–327.

Brand, Ulrich (2021): *Wie wir (vielleicht) nicht untergehen*. In: *Tagebuch Nr. 7/8, 01.07.2021*, <https://tagebuch.at/debatte/wie-wir-vielleicht-nicht-untergehen/>

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Berlin.

Folkers, Manfred/Paech, Niko (2020): *All you need is Less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht*. München.

ORF (2021): *CoV-Strategie für Sommer im Fokus*, 12.07.2021, <https://orf.at/stories/3220736/>

Schäfer, Armin/Zürn, Michael (2021): *Die demokratische Regression*. Berlin.

Vorarlberger Nachrichten (2021): *Kurz: „Man lernt immer dazu und reift“*, 21.07.2021, <https://www.vn.at/vorarlberg/2021/07/21/kurz-man-lernt-immer-dazu-und-reift.vn>

Alle Internetquellen abgerufen am 15.08.2021

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/1798.2169>